

MARXISTISCHE LEHRBRIEFE

Serie D: Politische Probleme unserer Zeit

Nummer 5

WORIN BESTEHT DIE
NEOFASCHISTISCHE GEFAHR
IN DER
BUNDESREPUBLIK ?

Frankfurt/Main

Preis DM 0,80

Verleger: Verlag Marxistische Blätter GmbH., Frankfurt/M., verantwortlich für den Inhalt: Marianne Roth, Herausgeber-Kreis: Albert Berg, Willi Gerns, Fritz Krause, Herbert Lederer, Karl Otto, Max Schäfer, Robert Steigerwald, Karl Stiffel. Redaktion: Max Schäfer, Fritz Krause.

Anschrift: Redaktion, Verlag, Vertrieb, Anzeigen: Marxistische Blätter, 6 Frankfurt am Main I, Messengasse 11/II, Telefon: (0611) 28 04 12

Druck: HOSCH GmbH., Frankfurt a. M., Hedderheimer Landstr. 78a

Worin besteht die neofaschistische Gefahr in der Bundesrepublik?

Im Zusammenhang mit politischen Vorgängen der letzten Zeit – das mit behördlicher Duldung und Förderung in Erscheinung-Treten der offenen Nazi-Partei, der NPD; die Notstandsgesetze, Pläne für die Einführung einer Vorbeugehaft; brutaler Einsatz gegen die demokratische und sozialistische Bewegung; Hetze der Springer-Presse und anderer Organe der Meinungsbildung; Versuche, die Gewerkschaften den Interessen des Monopolkapitals zu unterordnen; „Ordnungs“-Recht an den Universitäten – wird immer häufiger von Faschismus und Faschisierung gesprochen.
Droht unserem Land wirklich eine neue faschistische Gefahr?

Unter welchen Bedingungen entsteht der Faschismus?

Im Gefolge des ersten imperialistischen Weltkrieges und durch den Sieg, den die russischen Arbeiter und Bauern 1917 über den Imperialismus errangen, geriet nach 1917 das kapitalistische System selber in eine schwere politische Krise, die sich später, im Gefolge der großen Weltwirtschaftskrise von 1928 – 1932 weiter verschärft. Unter diesen Bedingungen bildete sich in einigen Ländern, z.B. Ungarn, Italien, Portugal, Deutschland, Spanien, faschistische Diktaturen heraus. Faschismus kommt von dem lateinischen Wort: fascio, das Geißel, Peitsche bedeutet. Im Wappen der italienischen faschistischen Partei war ein Bündel Ruten und das Beil des Scharfrichters abgebildet. Damit kennzeichnete sich die faschistische Partei als Instrument der „Ordnung“ schaffenden Gewalt.

Wir können also zunächst feststellen, daß der Faschismus in der Spätperiode des Kapitalismus auftritt, daß er dann auftritt, wenn die Gefahren für das kapitalistische System besonders groß sind – daß er das Instrument zur „Wiederherstellung der Ruhe und Ordnung“ zugunsten des Kapitals, der Niederwerfung der sozialistischen Arbeiterbewegung ist – und wenn dieses System, im Zuge seiner aggressiven Außenpolitik unmittelbar zur Kriegsvorbereitung übergeht.

Aber nicht nur die Schwäche der Bourgeoisie, ihre Unfähigkeit, mit den alten Methoden des Parlamentarismus und der Demokratie weiterzuherrschen, ist der Grund für den Übergang von bürgerlich-demokratischen zu faschistischen Herrschaftsmethoden. Ein zweiter Grund dafür ist darin zu sehen, daß bei der Polarisierung der Kräfte vor 1933 die Formierung der Reaktion viel schneller vor sich ging, die Arbeiterbewegung demgegenüber zurückblieb. Diese relative Schwäche der Arbeiter- und demokratischen Bewegung, ermöglichte diesen Übergang zum Faschismus erst. Die opportunistische Politik sozialdemokratischer Führungen, ihre Klassenzusammenarbeit mit der Bourgeoisie, ihre Preisgabe der Grundinteressen der Arbeiterklasse und der anderen Teile des arbeitenden Volkes hat zur Spaltung und damit zur Schwächung der Arbeiterbewegung geführt. Als Reaktion darauf gab es in einigen kommunistischen Parteien ein sektiererisches Ver-

halten gegenüber den Sozialdemokraten, was die Überwindung dieser Spaltung erschwerte. Alles das schuf Bedingungen dafür, daß die Bourgeoisie zu faschistischen Herrschaftsmethoden übergehen konnte. (Zu alledem vergleiche: Marxistischer Lehrbrief, Serie C, Nr. 11: Der Untergang der Weimarer Republik).

Mit diesen Bemerkungen hätten wir auch schon eine weitere Frage kurz beantwortet, ob der Sieg des Faschismus unvermeidlich war oder ist. **Der Sieg des Faschismus kann dann verhindert werden, wenn die sozialistischen und demokratischen Kräfte eine richtige Politik der Vereinigung entfalten, eine Politik der Aktionseinheit und des breiten antifaschistischen Bündnisses.**

Nicht von den Hauptfragen ablenken lassen

Die Diskussion über das Problem des Faschismus soll also nicht nur unser Wissensbedürfnis befriedigen, sondern uns zu einer richtigen antifaschistischen Politik befähigen.

Der Faschismus ist eine großkapitalistische Form der Macht. Das muß festgehalten werden, denn das Großkapital lenkt gern vom Klassencharakter des Faschismus ab, rückt in der Faschismus-Diskussion Nebenfragen in den Mittelpunkt, um Spuren verwischen, die Tatsachen verschleiern zu können.

Eine solche Tatsache ist, daß Hitler und seine Partei vom Großkapital finanziert und an die Macht geschoben wurde, daß die Niederhaltung der Arbeiterklasse und der anderen demokratischen Kräfte durch die faschistische Innenpolitik und die imperialistischen Raubkriege niemandem anderes diene und dient, als den Profitinteressen des Großkapitals. Das Großkapital möchte sogar als Opfer eines unerklärlichen Systems erscheinen, das eine Art mysteriösen Betriebsunfalls der Geschichte darstellt. Dazu lenken die Meinungsmacher des Großkapitals auf Nebenfragen ab. Sie möchten, daß der Faschismus, seines kleinbürgerlichen Massenanhanges wegen, als Diktatur des verzweiferten Kleinbürgertums erscheint. Oder sie erwecken den Eindruck, als habe alles daran gelegen, daß an der Spitze des deutschen faschistischen Regimes ein besonders demagogischer, fanatischer Führer stand, der dazu noch ein Dilettant gewesen sei. Oder sie verweisen darauf, daß sogar einige Großkapitalisten nicht mit allem einverstanden waren, was die Nazis wollten oder dagegen opponierten. Als klar war, daß die Nazis nicht nur offen Kurs auf den zweiten Weltkrieg nahmen, sondern zunächst den Angriff nach Westen, statt nach Osten tragen wollten, opponierten Schacht und Thyssen, die den sofortigen Krieg gegen die Sowjetunion verlangten. Andere opponierten, als klar war, daß die Nazis zwar fähig waren, den zweiten Weltkrieg auszulösen, aber nicht, ihn auch zu gewinnen. Betonen solcher „Opposition“ oder die Diskussion über Hitler lenkt von den Hauptfragen ab. Auch der Antisemitismus ist nicht unbedingt notwendig für ein solches System. Der italienische Faschismus war lange Zeit nicht ausgeprägt antisemitisch. Aber Chauvinismus und **Formen** des Rassismus finden wir in jedem Faschismus, da sie dazu dienen, von der

Erkenntnis der grundlegenden, der Klassenkonflikte, abzulenken. Ebenso macht sein **Klassencharakter** es erforderlich, daß **Faschismus immer und unter allen Umständen antisozialistisch, antikommunistisch** ist, wobei er unter Umständen zur Tarnung die Phrase eines „nationalen Sozialismus“ benutzt, um Einfluß bei den Massen gewinnen zu können.

Jeder Staat dient einer Klasse

Der Staat ist keine mysteriöse Einrichtung. Der Staat, das ist die Armee, die Polizei, die Justiz, der Beamtenapparat, die Gesetzgebungsmaschinerie. Der Staat, das ist immer und überall das politische Machtinstrument einer Klasse zur Niederhaltung anderer Klassen. Das gilt auch für den faschistischen Staat. Wir müssen also fragen: Für **welche** Klasse übt er die Macht aus? Die Interessen **welcher** Klasse verteidigt er? Die Frage, welcher **Formen**, bürgerlich-demokratischer oder faschistischer, er sich dabei bedient, ist durchaus von wesentlicher Bedeutung. Es ist auch von wesentlicher Bedeutung, ob die **gesamte** Bourgeoisie oder **nur ein Teil** von ihr direkt die Macht in Händen hat. Wichtig ist ebenfalls zu fragen, warum bestimmte Teile der Bourgeoisie von dieser Macht ausgeschlossen werden. Alles das sind wichtige Fragen für die Erarbeitung einer richtigen antifaschistischen Politik. Aber wir dürfen dabei nie vergessen, daß **letzten** Endes der Faschismus eine politische Macht des Kapitals darstellt, daß dies letzten Endes seinen Klassencharakter ausmacht. Untersuchen wir jedoch genauer:

Was ist Faschismus?

Wir haben schon gezeigt, daß der Faschismus dort und dann entsteht, wo und wann die Grundlagen kapitalistischer Macht gefährdet sind. Aber der Faschismus ist nicht einfach die Macht der ganzen kapitalistischen Klasse.

Schon vor dem ersten Weltkrieg bildeten sich im Ergebnis der innerkapitalistischen Gesetze (Konkurrenzkampf, Zusammenballung von immer mehr Kapital in den Händen einer kleinen Gruppe von Großkapitalisten) produktions- und marktbeherrschende Riesenbetriebe, Monopole, heraus. Diese errangen auch in der Politik, innerhalb der herrschenden bürgerlichen Klasse, die entscheidende Rolle. Seit dieser Zeit ist der Kapitalismus nicht mehr einfach die Macht der Bourgeoisie, sondern die Macht des Großkapitals, des Monopolkapitals. Darum ist auch der Faschismus eine Macht nicht einfach der Kapitalistenklasse, sondern eine solche des Monopolkapitals.

Auch das sagt noch nicht genug: Auch innerhalb der Monopole gibt es ernsthafte Gegensätze. Die Monopole der Rüstungsindustrie entwickeln eine andere Art von „Appetit“, als etwa Monopole im Konsumgüterbereich. Das wirkt sich auch in der außenpolitischen Orientierung aus. Die Rüstungsmonopole und einige andere streben am meisten nach Ausdehnung des Machtbereichs, nach Neuverteilung der Welt und Einflußzonen unter den imperialistischen Hauptmächten. Sie schüren am meisten den

Chauvinismus, entfalten am meisten die Hetze gegen andere Völker, um eine Kriegsbereitschaft im eigenen Volk zu erzeugen. Sie sind am meisten daran interessiert, das Schwert auf die Waagschale zu werfen. Sie sind am eifrigsten an der Verbreitung der Mär von der Volksgemeinschaft, von der Einheit von Ausbeutern und Ausgebeuteten interessiert, hetzen also am meisten gegen die sozialistische Arbeiterbewegung, die sich dieser Volksverdummung entgegenstellt. So wollten und wollen diese Monopole im Inneren des Landes die erforderliche Kirchhofsruhe schaffen, um den großen Sprung nach außen vorbereiten und ausführen zu können. Also ist Faschismus nicht einfach die Herrschaft des Monopolkapitals, sondern die Herrschaft der **reaktionärsten und aggressivsten Monopole**.

Auch das ist noch nicht genug. Solche Machtausübung der reaktionärsten und aggressivsten Monopole gab es in Deutschland auch schon vor 1933. Wichtig ist, daß mit dem Machtantritt des Faschismus eine qualitative Wendung erfolgt, nämlich der Übergang von der Anwendung bürgerlich-parlamentarischer Formen, in denen diese Monopole ihre Diktatur ausüben, zu offenen und direkt terroristischen Formen dieser Diktatur, zur Anwendung des physischen Terrors als wesentlichem Herrschaftsinstrument.

Allerdings könnten diese reaktionärsten und aggressivsten Monopole ihre brutale Diktatur nicht ausüben, wenn sie isoliert wären, über keinen Massenanhang verfügten. Der Faschismus ist zwar eine Herrschaftsform des reaktionärsten Monopolkapitals, strebt aber nach Massenanhang, den er vornehmlich aus Schichten des Kleinbürgertums und auch der Arbeiterklasse bezieht, die in ihrer sozialen Existenz bedroht sind. Zu diesem Zweck knüpft der Faschismus demagogisch an antikapitalistische Stimmungen unter den Massen an. (Empörung über die Großkaufhäuser, die meistens in jüdischem Besitz waren, also Ablenkung dieser Empörung vom Kapitalismus auf den Antisemitismus, dies nur als Beispiel). Mit solchen Methoden führt der Faschismus dem tatsächlich in seinen Grundlagen unsicher gewordenen Kapitalismus eine Massenbasis zu.

Vor allem aber richtet sich die ganze Macht des Faschismus, auch aller seiner Manipulationsinstrumente, gegen die sozialistische Arbeiterbewegung, verbreitet er ein militant antikommunistisches Bewußtsein, zerstört er **jede** Form der Arbeiterbewegung, darüber hinaus **jede** Art bürgerlich-demokratischer Einrichtungen, um **alle** Ansätze einer sich eventuell entwickelnden Opposition im Keime ersticken zu können.

Die imperialistische Grundlage des faschistischen Regimes prägt auch die faschistische Außenpolitik. Da der Imperialismus seinem Wesen nach (vergleiche Marxistischer Lehrbrief: Serie B, Nr. 3: Gibt es noch Kapitalismus in der Bundesrepublik? S. 12 ff) aggressiv gegen andere Länder und Völker ist, entspringt dem Faschismus die ständige Bedrohung des Friedens. Damit haben wir die wesentlichen Merkmale des Faschismus beieinander.

Der Faschismus paßt sich den jeweiligen Bedingungen eines bestimmten

Landes an, ja er paßt sich sogar den besonderen Interessen irgendeiner, für ihn wichtigen und aktivierbaren, Schicht an. So haben in den verschiedenen Ländern die faschistischen Regime Besonderheiten gezeigt. Eine Gemeinsamkeit hatte und hat der Faschismus jedoch in allen Ländern: Er ist die unverhüllte terroristische Diktatur des Monopolkapitals.

„Die faschistische Machtergreifung ist keine einfache Ablösung einer bürgerlichen Regierung durch eine andere, sondern die Ablösung einer Staatsform der Klassenherrschaft der Bourgeoisie, der bürgerlichen Demokratie, durch eine andere, durch die unverhüllte terroristische Diktatur.“ (Aus: G. Dimitroff, *Ausgew. Werke*, Bd. 1, S. 608)

„Der Sieg des Faschismus bringt die Schwäche der Bourgeoisie zum Ausdruck, die die Kampfeinheit der Arbeiterklasse und die Revolution fürchtet und nicht mehr imstande ist, die Diktatur über die Massen mit den alten Methoden der bürgerlichen Demokratie und des Parlamentarismus aufrechtzuerhalten. ... Nein, der Faschismus ist keine über den Klassen stehende Macht, auch nicht die Macht des Kleinbürgertums oder des Lumpenproletariats über das Finanzkapital, Faschismus ist die Macht des Finanzkapitals selbst. Das ist eine Organisation zur gewaltmäßigen Unterwerfung der Arbeiterklasse und des revolutionären Teils der Bauernschaft und der Intelligenz.“ (G. Dimitroff, *Ausgew. Werke* Bd. 1, S. 606/607, Bericht auf dem VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale, Komin-tern)

Was ist Faschisierung? – Hat die Bundesrepublik ein faschistisches Regime?

Als „Faschisierung“ wird der Prozeß bezeichnet, in dessen Verlauf durch den Abbau bürgerlich-demokratischer Rechte der mögliche Übergang zu faschistischer Herrschaftsform vorbeugend vorbereitet wird. Seit 1949 haben die Bundesregierungen im Interesse und im Auftrag des Monopolkapitals mit einer großen Anzahl von Gesetzen, Verboten, politischen Handlungen versucht, die Gesellschaft in der Bundesrepublik so weit zu „formieren“, daß, im Falle von großen Krisen oder Änderungen der politischen Kräfteverhältnisse zugunsten von demokratischen und sozialistischen Kräften, die Sicherheit des Monopolkapitals nach Möglichkeit gewährleistet bleibt. Die herrschende Klasse der Bundesrepublik hat sich **vorbeugend** Mittel geschaffen, um so jederzeit in politisch gefährlichen Situationen gegen die demokratische und sozialistische Opposition vorgehen zu können.

Zu diesen Vorbeugungsmaßnahmen der Herrschenden gehört es, daß sie anders auf Konflikte reagieren, die durch die Widersprüche im kapitalistischen System entstehen oder entstehen können. Sie bereiten sich auch darauf vor, auf eine erstarkende Arbeiterbewegung zu reagieren. Andererseits ist ein Abbau demokratischer Rechte des Volkes in der Bundesrepublik „nötig“, wenn die außenpolitischen Vorstellungen weiter Teile der CDU/CSU durchgesetzt werden sollen, da solche Aggressionskriege im Inneren des Landes „Kirchhofsruhe“, Faschismus voraussetzen. So hängen Aggressionspolitik nach außen und Faschisierung im Inneren unmittelbar zusammen.

Besonders „ruhmreiche“ Situationen des Monopolkapitals auf dem Weg zur totalen Sicherung ihrer Interessen waren: das „Blitzgesetz“ (1951, das erste politische Strafrecht, das sich gegen die politische Linke richtete); das Verbot der Freien Deutschen Jugend (FDJ) und anderer Organisationen (1951); die Remilitarisierung; das Verbot der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD, 1956); die Notstandsgesetze (1968).

Jede Maßnahme, welche die Arbeiterbewegung schwächt, sie in das bestehende System besser eingliedert, wird von den Herrschenden bewußt gefördert und gesteuert. Hierzu bedienen sie sich auch jener führenden Sozialdemokraten, die zur Klassenzusammenarbeit mit dem Großkapital bereit sind. Ohne Große Koalition gäbe es keine Notstandsgesetze, keine Vorbeugehaft-Pläne, keine Finanzreform zugunsten der Konzernmilliardäre, keine reaktionäre Bildungsreform, keine als „neue Ostpolitik“ getarnte aggressive Außenpolitik.

Obleich diese klassische Paarung: Formierung nach innen, Aggressivität nach außen, die Politik der Bundesregierung prägt, ist die vor allem in Kreisen der studentischen Opposition weit verbreitete Ansicht falsch, daß die Bundesrepublik schon eine faschistische Ordnung hätte. Hier werden gewisse Fehler wiederholt, die von der sozialistischen Arbeiterbewegung am Vorabend der Hitler-Diktatur begangen worden sind: Da mancher damals schon die Schleicher- oder Papen-Regierung, ja davor sogar schon die Regierung Brünnings für faschistisch hielt, sah er nichts mehr, was vor dem Ansturm der Hitler-Partei zu verteidigen war. In der Praxis führte das zu einer Schwächung des Widerstandes gegen den Hitler-Faschismus. Wir leben in der Bundesrepublik noch nicht unter faschistischen Bedingungen. Wir leben, trotz Ansätzen dazu, noch nicht unter der Herrschaft eines unmittelbaren, organisierten, brutalen Terrors. Es gibt in der Bundesrepublik noch Reste der bürgerlichen Demokratie, die eine reale Basis, einen realen Ausgangspunkt für eine fortschrittliche Politik sein können. Jedes dieser noch vorhandenen demokratischen Rechte muß mit größter Energie verteidigt werden. Es wäre aber falsch, sich darauf zu beschränken. Gleichzeitig müssen wir um eine ständige Erweiterung und Verwirklichung der bürgerlich-demokratischen Rechte kämpfen.

Neofaschistische Gefahr nicht unterschätzen – NPD nur Spitze des Eisbergs

Auf der anderen Seite stellt die herrschende Propaganda – das ist die Propaganda der Herrschenden – die Dinge so hin, als gebe es bei uns gar keine faschistische Gefahr. Nicht nur, daß sie die Rolle der NPD verniedlicht und „beruhigend“ sagt, daß „bei uns diese Partei keinen Boden unter die Füße bekommt“. 10 Prozent der Wählerstimmen bei einigen Landtagswahlen sind alarmierend! Nicht nur, daß der drohende Faschismus allein auf die NPD beschränkt wird. Im Juni und Juli 1969 haben **Massenversammlungen** derverschiedensten Verbände stattgefunden, die ihrem Charakter und ihrem politischen Inhalt nach wesentliche Elemente des Faschismus zeigten. (Die Vertriebenenversammlung in Hannover, die Treffen verschiedener Landsmannschaften). Die politische Zielstellung der führenden

Kreise in CDU und CSU deckt sich weitgehend mit derjenigen der **offen** faschistischen Kräfte von der NPD.

Wir haben bereits festgestellt, daß der Faschismus in verschiedenen Spielarten erscheinen kann. Er ist aber stets eine Herrschaftsform des Monopolkapitals. In der Bundesrepublik herrscht dieses Großkapital, das seinem Wesen nach nicht Freiheit, sondern Diktatur anstrebt. Im vollendeten staatsmonopolistischen Kapitalismus, wenn die Macht der Monopole mit der des Staates zusammengewachsen sind, ist die faschistische Gefahr erheblich angewachsen. Auch die anderen Bedingungen einer faschistischen Gefahr sind gegeben: internationale Schwäche des Systems, aggressive Zielsetzung der herrschenden Kräfte; Schwäche der Arbeiterbewegung in der Bundesrepublik. Bei diesen Grundvoraussetzungen für eine faschistische Gefahr ist die Bundesrepublik außerdem noch dadurch besonders gefährdet, daß **die-selben** Kräfte an der Macht sind, die Hitler und der NSDAP den Weg zur faschistischen Diktatur ebneten oder ihm führend dienten. Fast alle wesentlichen Posten im Staatsapparat sind von ehemals hohen Nazis besetzt, und in ihren politischen Äußerungen geben sie klar zu erkennen, daß sie die unter Hitler gelernten Lektionen nicht vergessen haben. Nur als Beispiel verweisen wir auf folgendes:

„Fünfundvierzig Mitglieder der Generalität und Admiralität der Bundesrepublik hatten schon während des Naziregimes Generals- bzw. Admiralsposten inne.“ (Aus: Dahrendorf-Studien, „Beiträge zur Analyse der deutschen Oberschicht“, S. 126, München 1965). Aus der gleichen Studie entnehmen wir, daß 91% der Generale und Admirale der Bundeswehr aus der herrschenden Klasse kommen. In der Bundesrepublik sind jene alten Besitz- und Machtverhältnisse wiederhergestellt worden, aus denen der Faschismus hervorwuchs. (vgl. Marxistischer Lehrbrief, Serie D, Nr. 1, Die Wiederherstellung der alten Besitz- und Machtverhältnisse in den drei Westzonen Deutschlands).

Der zweite Adolf, v. Thadden, sagte im Juli 1969 auf einer Pressekonferenz: „Es ist das große Verdienst der NPD, die herrschenden Parteien nach rechts gedrängt zu haben!“ Wie recht er hat, beweist das Wort Schröders: „Die Bundesrepublik ist Deutschland. Alles andere Gebiet ist uns entronnen und vorenthaltenes Territorium, das zurückgegliedert werden muß.“ (Bundesminister Dr. G. Schröder am 13.6.1965 im „Industriekurier“). Der NPD-Redner Heinz v. Arndt posaunte: „Wir wollen kein verschwommenes Heimatrecht, daß etwa Deutsche wieder in der Tschechoslowakei wohnen dürfen. Wir stellen in Europa territoriale Forderungen und wollen ein System eigener Prägung.“ (am 6.8.1965, zitiert nach „elan“ Februar 1968). Ähnlich äußerte sich von Hassel schon vor Jahren, worauf wir gleich noch zu sprechen kommen.

Der entlarvende Strauß-Ausspruch, die Mitglieder der APO seien „Tiere, auf die die Anwendung von Gesetzen nicht möglich“ sei, trifft haargenau den faschistischen Jargon u n d die faschistische Ideologie.

Ist es nicht alarmierend, wenn die „Deutsche National-Zeitung und Soldaten-Zeitung“ am 16.8.1963 schrieb: „Jene CSU-Kreise, die nicht sehenden Auges in ihren Untergang marschieren, streben deshalb eine ‚Öffnung nach

rechts' an." Es empfiehlt sich nachzulesen, welche Aufgabe einer solchen „Nationalen Opposition“ zukommt. In der rechtsorientierten, der CDU/CSU nahestehenden Wochenzeitung „Volksbote“ schrieb der CSU-Spitzen-Funktionär und führende Mann der „Sudetendeutschen Landsmannschaft“, Emil Franzl, unter der Überschrift „Nationale Opposition“ zur gleichen Zeit: (31.8.1963):

„Jede Regierung, die nicht nationalistisch ist, bedarf einer nationalen Opposition, damit sie die Interessen des Staates nach außen wirksam vertreten kann. Die demokratischen Regierungen der Weimarer Republik wären ohne eine nationale Opposition noch wesentlich schwächer gewesen, als sie ohnehin schon waren, und hätten noch weniger Erfolg geerntet.

Nicht, daß es in der Republik von Weimar eine nationale Rechte gab, die gegen die Erfüllungspolitik der Linken und der Mitte leidenschaftlich opponiert und die Revision der Diktate forderte, war das Unglück Deutschlands. . . Eine nationale Opposition muß von der Verantwortung getragen sein. Es ist ihre Aufgabe, der Regierung das Rückgrat zu stärken, immer etwas mehr zu fordern, als diese durchsetzt, sie zu warnen und zu tadeln und ihr damit die Möglichkeit zu geben, daß sie in internationalen Verhandlungen unter Berufung auf die Opposition fester auftreten kann.“ Hier ist das Zusammenspiel von NPD, CSU und CDU schön deutlich aus authentischer Quelle gekennzeichnet.

Die innere Übereinstimmung zwischen CDU/CSU Führung und NPD-Führung hinsichtlich ihrer politischen Vergangenheit, ihrer heutigen Ziele, ihrer großkapitalistischen Hintermänner ist der wahre Grund dafür, warum führende CDU-Politiker, wie Kiesinger, von Hassel, Diehl u.a. der NPD Persilscheine ausstellen und diese Partei noch nicht aufgelöst oder verboten ist, obwohl das Material des CDU-Bundesinnenministers Benda „für einen Verbotsantrag ausreichen würde.“ Diese Partei fungiert in Wahrheit als Vorreiter und Alibi für die reaktionäre Politik der CDU/CSU.

Ein Unterschied besteht allerdings zwischen NPD und CDU/CSU: Die CDU/CSU ist eine Regierungspartei und besetzt somit einen großen Teil des staatlichen Verwaltungsapparates, bestimmt als solche mit dem politischen Ziel: „das Jahr 2000 darf nicht zum 83. Jahrestag der Oktoberrevolution werden“ (von Hassel, lt. Deutsche Volkszeitung vom 30.6.1961), die nächsten Schritte der Bundesrepublik auf internationaler Ebene. Klar und überdeutlich formulierte Strauß das außenpolitische Programm: „Aufgabe der Deutschen in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts ist es, die Fehler Hitlers zu korrigieren und den Kommunismus aus Europa zurückzurufen.. Dazu brauchen wir die Atombombe“ (aus seiner Rede in Santa Rosa, 27.7.1961).

Faschistische Kräfte bestimmen Inhalt und Ton der Zeitungen des Springer-Konzerns. Sie formulieren NPD-Slogans, ohne sie als solche zu kennzeichnen. Sie haben entscheidenden Anteil an der Diffamierung der demokratischen Opposition in weiten Teilen der Öffentlichkeit. Sie düngen den ideologischen Boden für einen neuen Faschismus. Ihre bevorzugten Gegner sind Kommunisten, Studenten, Gewerkschafter, oppositionelle In-

tellectuelle usw. usf. Ihr Beschimpfungsreservoir reicht von der offenen militanten Hetze, die dem Wortschatz der Faschisten gleicht, bis zur unterschwelligsten, stetigen Verbreitung von antikomunistischen, „anti-intellektuellen“ und gegen die sozialistischen Länder, insbesondere die DDR, gerichteten „Argumenten“.

Die extrem autoritäre Struktur sowie die politische Bildung in der Bundeswehr schufen die Grundlage für die weite Verbreitung reaktionären Gedankenguts in der Armee. Die personelle Identität zwischen der Führungsgruppe in der Bundeswehr und dem alten Generalstab lassen uns erkennen, warum die NPD so starken Einfluß in der Bundeswehr hat, sie lassen uns weiter erkennen, warum ausgerechnet der ehemalige stellvertretende Leiter des Auslandsrundfunks des Dritten Reiches, Pg. 2 633 930, Kurt Georg Kiesinger, die Bundeswehr als „Schule der Nation“ propagierte.

Die Rolle der SPD

Der mit dem Eintritt der SPD in die Große Koalition begonnene und mit der Schillerschen Politik der „Konzertierten Aktion“ fortgesetzte Ausverkauf auch noch der letzten Reste sozialistischer Orientierung der SPD-Führung hat in weiten Teilen der demokratischen und sozialistischen Opposition, vor allem in der Jugend, die „Sozialfaschismus-Theorie“ wieder aufleben lassen. Diese Einebnung der Unterschiede zwischen der Sozialdemokratie und den faschistischen Organisationen hat u.a. Anfang der dreißiger Jahre die Herstellung der Einheitsfront zwischen KPD und SPD erschwert.

Diese Theorie übersieht die Tatsache, daß es verschiedene Herrschaftsformen des Monopolkapitals geben kann. In der Tat spielt die Sozialdemokratie in der Periode der bürgerlich-demokratischen Form, die großkapitalistische Macht auszuüben und in der Periode der Faschisierung eine „Grenzträger-Rolle“. Diese Rolle besteht darin, daß die SPD-Führung durch systemerhaltende Opposition oder Regierungsbeteiligung, Duldung bzw. Förderung des Abbaus der demokratischen Rechte, durch Ummünzen eventueller Unzufriedenheit der Arbeitermassen in soziale Reformen ehrliche oppositionelle Kräfte fesselt und neutralisiert. Objektiv stützt und fördert dies die herrschende Klasse in ihrem Bestreben, die Bevölkerung weitestgehend ins bestehende großkapitalistische System einzugliedern.

In der Periode der offenen, terroristischen Diktatur des Monopolkapitals, also des Faschismus, verliert die Sozialdemokratie jedoch diese Funktion, muß sich das Monopolkapital andere politische Instrumente mit Massenanhang, faschistische Massenparteien, schaffen und auch die Sozialdemokratie verfolgen und unterdrücken. Wir haben dafür die Beispiele der Nazi-Herrschaft: die Hitler-Faschisten verfolgten nach ihrer Machtübernahme alles, was sich nicht bedingungslos ihrem Willen unterwarf. Als sich Sozialdemokraten und Kommunisten in den Konzentrationslagern wiedertrafen, waren zwar die politischen Gegensätze kein Hinderungsgrund für eine proletarische Einheitsfront gegen den Faschismus mehr – jedoch es war zu spät.

Die Rolle der SPD-Führer in der gegenwärtigen Regierung ist noch schlim-

mer als die in den Jahren 1920 bis 1933. Dennoch sollten wir nicht übersehen, daß der Faschismus nur geschlagen werden kann, wenn es zum gemeinsamen Handeln der Arbeitermassen kommt, daß die Massen der sozialdemokratischen Anhänger Arbeiter und Angestellte sind, die, wie wir, ausgebeutet und unterdrückt werden, letztlich die gleichen Grundinteressen haben, die es bewußt zu machen gilt, so schwer das auch sein mag. Der macht es sich zu leicht, der in jedem SPD-Mitglied einen „kleinen Wehner“ sieht. Gerade die verwirklichte Aktionseinheit schafft jenen notwendigen Kristallisationskern, um den sich die anderen antifaschistischen Kräfte, die kleinbürgerlichen, mittelständischen und nichtmonopolistisch-bürgerlichen, zusammenschließen könnten. Solcher Zusammenschluß ist nötig, um das faschistische Großkapital isolieren und schlagen zu können.

Auch verläuft die Trennungslinie innerhalb der SPD nicht einfach „oben“ und „unten“. Die Losung: mit den führenden Sozialdemokraten keine, aber mit den Sozialdemokraten auf den unteren Ebenen Zusammenarbeit, ist zu einfach. Gerade im Kampf gegen den Faschismus wird mancher Sozialdemokrat „oben“ sich an gewisse Erfahrungen mit den Nazis erinnern! Zusammenarbeit ist mit all den Kräften möglich und nötig, die Reformen anstreben, welche objektiv im Interesse der Arbeiterklasse sind. Zusammenarbeit ist mit all denen möglich und nötig, die auch reformistische, also das bestehende System im Kern nicht angreifende, Reformen im Wege des Kampfes durchsetzen wollen. Zusammenarbeit ist mit jedem möglich und nötig, der die Demokratie verteidigen will, ganz gleich, aus welchen Motiven. Zusammenarbeit ist aber nicht möglich mit denen, die für „Reformen“ eintreten, die nur die Macht des Großkapitals effektiver machen sollen, also objektiv gegen die Interessen der Arbeiterklasse, auch der Klein- und Mitteleigentümer, gerichtet sind.

Ähnlich verhält es sich mit den Gewerkschaften. Sie sind die größte Klassenorganisation der Arbeiter und Angestellten. Bei allem, was es an der Gewerkschaft zu kritisieren gibt: es gibt keinen Ersatz für die Gewerkschaften. Wir werden uns nicht auf die scheinradikale, in Wahrheit gewerkschaftsfeindliche Position des Kampfes gegen die „Funktionäre“ oder „Bürokraten“ drängen lassen, die übrigens auch die Position der NPD ist! Es ist durchaus notwendig, daß die Gewerkschafter auch Büros zur Verfügung und Funktionäre haben, daß die Gewerkschaft eine große Organisation ist. Allerdings müssen wir darum ringen, daß Klarheit in unseren Reihen darüber besteht, für wen und gegen wen auch mittels der Gewerkschaft Politik zu machen ist. Unser Kampf muß mit jenen Gewerkschaftern zusammen geführt werden, die ebenfalls die faschistische Gefahr erkennen. Diesen antifaschistischen Kampf sollten wir mit dem um höhere Löhne usw. verbinden, denn die Hintermänner des Faschismus sind letztlich auch unsere Gegner an der „sozialpolitischen“ Front.

Der Mythos vom Totalitarismus tarnt den Faschismus

Nach dem zweiten Weltkrieg war es für das Großkapital besonders wichtig, nach wirkungsvollen Argumenten zu suchen, mit denen es seine gefährdete

Macht absichern konnte. Die Methoden und Argumente des Nazismus waren damals verbraucht und diskreditiert. So wurde gerade von jenen Kräften, die unter Hitler extrem freiheitsfeindlich waren, Faschismus und Kommunismus mittels des Begriffes „Totalitarismus“ gleichgesetzt und so ein neuer Propaganda-Mythos geschaffen. Damit gelang es zunächst, vom Faschismus abzulenken. Für viele bedeutete das, von der eigenen, faschistischen Vergangenheit abzulenken. Weiter machte man damit aus dem Sozialismus den zu bekämpfenden Teufel, was ohnehin der eigentliche Zweck der Übung war und ist.

Als „Totalitarismus“ wird dabei ausgegeben: Einparteiensystem, allgegenwärtige Überwachung und Verfolgung, Monopolisierung der öffentlichen Meinungsbildung.

Diesem „Totalitarismus“ wurde ein positives Modell entgegengestellt, das mit dem Schlagwort „Pluralismus“ benannt wird. Die Bundesrepublik soll ein solches „pluralistisches“ System haben. In ihr sollen verschiedene konkurrierende Parteien und Verbände auf der Grundlage vernünftiger Spielregeln um die Durchsetzung verschiedenartiger Interessen kämpfen.

Wie falsch das Bild hinsichtlich der Bundesrepublik ist, haben wir in dem Lehrbrief: Wer beherrscht die Wirtschaft der Bundesrepublik? (Serie B, Nr. 1, S. 13 ff) dargestellt. Zur Kritik des Mythos vom Totalitarismus wollen wir auf folgendes verweisen. Hier werden die **äußeren** staatlichen **Formen** völlig vom konkreten, gesellschaftlichen (ökonomischen, politischen, geistig-moralischen) Inhalt gelöst. Wie falsch ein solches Verfahren ist, etwas **äußerlich** und **formal** zu beurteilen, möge ein einfaches Beispiel zeigen: Ein Mensch kann mit einem Messer in das Fleisch eines anderen Menschen schneiden. Ob es sich jedoch dabei um ein Verbrechen oder um die helfende Operation eines Chirurgen handelt, wird nicht klar, solange ich nur den äußeren Tatbestand beurteile, daß ein Mensch einen anderen verletzt. Man muß bei allem stets auf die inneren, notwendigen Zusammenhänge achten. Es ist doch nicht dasselbe, ob staatliche Macht der kleinen, großkapitalistischen Minderheit benutzt wird, um die Ausbeutung und Unterdrückung der Volksmehrheit zu sichern und Aggressionskriege vorzubereiten und auszuführen oder ob solche Macht benutzt wird, um die gerade gestürzten, aber immer noch mächtigen großkapitalistischen Kräfte niederzuhalten, die so viel Elend und Unglück über die Völker der Welt gebracht haben.

Zweitens verzerren die Prediger des „Totalitarismus“ die konkreten Formen des gesellschaftlichen Lebens in den sozialistischen Ländern in grotesker Weise. Aus der Tatsache, daß den Wortführern des Großkapitals die Freiheit entzogen wurde, die Wiederherstellung ihres Systems zu fordern, machen sie eine „Abschaffung der Meinungsfreiheit“. Über die zahlreichen, grundlegenden Möglichkeiten der Mitentscheidung des Volkes in allen wesentlichen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens schweigen sie. Drittens enthält der Mythos vom „Totalitarismus“ ein völliges Mißverständnis über die Beziehungen von ökonomischer Basis des gesellschaftlichen Lebens und politisch-ideologischem Überbau. Der Mythos stellt die Dinge so hin, als habe sich der politische Überbau, der Staat, gegenüber der ökonomischen Basis verselbständigt. (Solche angenommene Verselbständigung ist überhaupt die Grundlage für die Bildung des Begriffes Totalitarismus).

In Wahrheit stellt jedoch jede Gesellschaftsordnung eine wirkliche Totalität von Ökonomie, Politik und Ideologie dar. Die Politik widerspiegelt die gesellschaftlichen Verhältnisse, die Klassenverhältnisse. Der Staat ist das Produkt und der Ausdruck – wenn auch in höchst konzentrierter Weise – dieser Gesellschaftsordnung, der in ihr herrschenden Klasse und der grundlegenden Formen des Eigentums an den Produktionsmitteln. Der Staat ist also kein klassenindifferentes Etwas. Der Staat im Faschismus ist **Macht des Großkapitals**. Der Staat im „Pluralismus“ ist ebenfalls **Macht des Großkapitals**. Nur die **Herrschaftsmethoden sind andere**, der **Klassencharakter ist derselbe**. Der Übergang vom pluralistischen zum faschistischen großkapitalistischen Staat ist unter den von uns gekennzeichneten Bedingungen jederzeit möglich. Obgleich es für uns von größter Wichtigkeit ist, diesen Übergang zu verhindern, dürfen wir dennoch den gleichen Klassencharakter beider Staatsformen nicht übersehen. Der pluralistische großkapitalistische Staat ist kein prinzipieller Gegensatz zum faschistischen großkapitalistischen Staat. Darum die Kontinuität in den Besitz- und Machtverhältnissen, der Politik und den Führungskräften zwischen deutschem Faschismus und gegenwärtig herrschenden Kräften in der Bundesrepublik. Demgegenüber ist der sozialistische Staat **Macht der Arbeiterklasse** und ihrer Verbündeter, etwas völlig anderes, als der großkapitalistische Staat jeder Art. Das darf man nicht durcheinander bringen. Man darf nicht als gleichgültig ansehen, welcher Politik, welchen Zielen und Interessen eine bestimmte Politik, ein bestimmter Staat dient. Die Gleichsetzung von Faschismus und Sozialismus mittels des Mythos vom Totalitarismus setzt in Wahrheit faschistische Innen- und aggressive Außenpolitik der Großkonzerne, den von ihnen geförderten Chauvinismus und Rassismus mit der internationalistischen, am Frieden orientierten, dem Sozialismus dienenden Macht der Arbeiterklasse gleich.

Wie kämpfen wir gegen den Faschismus?

Fassen wir zunächst zusammen:

Der Faschismus ist die Ersetzung bürgerlich-demokratischer Methoden, mit denen die Großkonzerne die Macht ausüben, durch offene, brutale, terroristisch-diktatorische Machtausübung. Dabei befinden sich die reaktionärsten und chauvinistischsten Monopole unmittelbar an der Macht. Dieser Faschismus wird für die Monopole notwendig, wenn eine tiefe politische Krise das kapitalistische System erfaßt oder eine besonders aggressive Außenpolitik ein faschistisch geknebeltes Volk zur Voraussetzung hat. Meistens fällt beides zusammen. Der Faschismus wird möglich durch die opportunistische Politik der Klassenzusammenarbeit sozialdemokratischer Führungen mit dem Monopolkapital. Dadurch wird die Arbeiter- und demokratische Bewegung gespalten und geschwächt. Sektiererische Reaktionen von Kommunisten auf solche sozialdemokratische Politik, Ablehnung der Zusammenarbeit mit den sozialdemokratischen Anhängern erschwert

die Überwindung dieser Spaltung, was dem faschistischen Hauptfeind nutzt. Mißachtung der Nöte der vom Großkapital in ihrer Existenz bedrohten Klein- und Mitteleigentümer – Mißachtung der Aufgabe, eine eigene Arbeiterpolitik zu entwickeln, die es ermöglicht, die Interessen dieser Schichten gegen das Großkapital **zusammen** mit den unmittelbaren Interessen der Arbeiterklasse zu verfechten – macht diese Schichten wehrlos gegenüber der sozialen und nationalistischen Demagogie der Faschisten, erleichtert es also diesen, sich jene Massenbasis zu schaffen, ohne die kein Faschismus möglich wäre.

Daraus ergeben sich die Konsequenzen für den antifaschistischen Kampf.

1. Es ist notwendig, in allen Teilen der Bevölkerung, vor allem aber in der Arbeiterklasse, Klarheit über den Klassencharakter des Faschismus zu schaffen. Der Faschismus ist keine über den Klassen stehende Macht, sondern Macht des Monopolkapitals. Gegenüber vereinfachten Vorstellungen, wie sie in der Losung zusammengefaßt erscheinen: „Kapitalismus führt zum Faschismus – Kapitalismus muß weg!“ ist darauf zu verweisen, daß der Faschismus nicht Macht der gesamten Kapitalistenklasse ist. Die faschistische Diktatur nimmt auch den kleinen und mittleren Kapitalisten wesentliche (auch wirtschaftliche) Freiheiten, ordnet sie dem brutalen Diktat der Großkonzerne unter. Außerdem entsteht Faschismus nicht automatisch aus dem Kapitalismus, sondern unter den genannten Bedingungen der Schwäche sowohl des Kapitalismus, als auch der Arbeiterbewegung. Wo dieses System von Bedingungen fehlt, zieht die Monopolbourgeoisie es vor, mit den Mittel der (ausgehöhlten) bürgerlichen Demokratie zu herrschen, weil damit die eigene Macht leichter getarnt werden kann. (Beispiele: Skandinavien). Die erwähnte Losung ist geeignet, jene durchaus nicht kleine Schicht von kapitalistischen Klein- und Mitteleigentümern zurückzustoßen, die von den Monopolen losgelöst werden müssen, damit die Monopole isoliert sind und besiegt werden können. Eine frontal antikapitalistische Politik verhindert es, diese Kleineigentümer und Mittelschichten zu neutralisieren oder zu Bundesgenossen im antifaschistischen Kampf zu machen. Damit werden sie ins Lager des Hauptfeindes getrieben, werden diesem Kräfte zugeführt, statt ihn zu schwächen. Das ist schlechte, falsche, sektiererische Politik.

Wir wissen, daß diese Bundesgenossen in den Auseinandersetzungen schwanken. Aber im Laufe des Kampfes werden sie leichter erkennen, wo ihre wahren Interessen liegen, mit wem sie zusammengehen müssen. Sie werden dann leichter bereit sein, mit uns zusammen über den antifaschistisch-demokratischen Kampf hinaus Schritte zur demokratischen Umgestaltung unserer Gesellschaft zu gehen. Wir müssen also auch schwankende Kräfte in das Bündnis einbeziehen und sie festigen. Wir müssen uns um sie bemühen, selbst dann, wenn wir sie nur neutralisieren können. Sie fallen dann als Stützen des großkapitalistischen Feindes aus.

Antifaschistischer Kampf muß also nicht einfach antikapitalistischer, sondern antimonopolistischer Kampf sein.

2. Es ist notwendig, sich über die Grundbedingung des Sieges über den Faschismus klar zu sein. Sie besteht darin, die Schwäche der Arbeiter- und demokratischen Bewegung zu überwinden. Da diese Schwäche die Spaltung der Arbeiterbewegung – als Ergebnis opportunistischer sozialdemokratischer Politik – ist, kommt **alles** darauf an, den Kampf um die Aktionseinheit von Kommunisten, Sozialdemokraten und anderen Kräften innerhalb der Arbeiterklasse und Arbeiterbewegung (zum Beispiel: christlich-soziale Kollegenschaft) zu führen. Ausgangspunkt dieses Kampfes sind die konkreten, unmittelbaren sozialen und ökonomischen Interessen, die Bedrohung demokratischer Rechte und Freiheiten, das Auftreten alter und neuer Faschisten. Ideologische Gegensätze dürfen keinerlei Hinderungsgrund für diese konkrete Form der Aktionseinheit sein.
3. Notwendig ist es, daß die sozialistische Arbeiterbewegung die dem Ruin entgegengehenden Klein- und Mitteleigentümer nicht sich selbst überläßt, sondern eine eigene Politik zu diesem Problem entwickelt. Dazu gehört die Erarbeitung von Konzeptionen für die Lösung von Krisen dieser Schichten, beispielsweise auf dem Agrarsektor (Hinweis auf den Weg des genossenschaftlichen Zusammenschlusses) u.a.
4. Antifaschistischer Kampf heißt, Faschisierung und Faschismus, Weg und Ziel nicht zu verwechseln, die bei uns noch bestehenden bürgerlich-demokratischen Rechte nicht zu unterschätzen, weil man die Bundesrepublik schon für faschistisch hält, sondern gegen jede Beschneidung auch nur des geringsten bürgerlich-demokratischen Rechtes aufzutreten, gleichgültig, wen diese Beschneidung trifft. Verweigerung von Rechten für Lehrlinge oder Studenten sind verweigerte Rechte für **alle** Schichten des Volkes. Was man erst dem einen Teil des Volkes raubt, wird man morgen anderen Teilen rauben. Darum ist der Kampf für die Rechte der Jungarbeiter, der Schüler und Studenten eine unmittelbare Angelegenheit der Arbeiter-, der demokratischen, der antifaschistischen Bewegung.
5. Faschismus ist in jedem Fall militanter Antikommunismus. Wir dürfen uns nicht durch andere, nebensächlichere Dinge davon ablenken lassen, daß dieser Antikommunismus das entscheidende Mittel darstellt, um unseren Widerstandswillen gegen die drohende faschistische Gefahr zu lähmen. Im Namen des Antikommunismus wird aufgerüstet, werden Notstandsgesetze geschmiedet, wird gegen streikende Arbeiter gehetzt. Der Kampf gegen den Antikommunismus ist ein unabdingbarer Bestandteil jedes antifaschistischen Kampfes.
6. Antifaschistischer Kampf heißt, die NPD zu bekämpfen, aber ebenso die politische Übereinstimmung von NPD und CDU/CSU, die Komplizenschaft von CDU/CSU-Führung mit der NPD, den Faschismus in der Regierungspartei aufzudecken und zu bekämpfen. Gleichzeitig müssen wir darum ringen, jene aus dem Einfluß faschistischer Ideen und Organisationen zu befreien, die aus blindem Aktivismus, aus blinder Protesthaltung gegen die Bonner Politik in die Fänge der neofaschistischen Demagogen geraten sind. Dazu ist es auch notwendig, die Widersprüche der NPD-Argumente deutlich zu machen, so primitiv diese Argumente auch

sind. Auch die Argumente der alten Nazis waren primitiv, haben dennoch die Mehrheit des deutschen Volkes verseucht.

7. Antifaschistischer Kampf heißt auch, Solidarität mit anderen Völkern zu entwickeln, die unter faschistischen Regimes leben: mit dem spanischen, griechischen, portugiesischen Volk, ihre Aktionen zu unterstützen, gegen das Auftreten griechischer und anderer Faschisten in der Bundesrepublik zu kämpfen.

Fragen zur seminaristischen Durcharbeitung des Lehrbriefes:

1. Was ist Faschismus, unter welchen Bedingungen entsteht er?
2. Worin besteht die faschistische Gefahr in der Bundesrepublik – haben wir bereits eine faschistische Ordnung?
3. Welche Aufgaben stellen sich im antifaschistischen Kampf?

Literaturhinweise:

- Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Dietz Verlag, Berlin, Bd. 5
- Georgi Dimitroff, Ausgew. Werke Bd. 1, Sofia 1967
- W. Pieck, Der neue Weg, Verlag Neuer Weg, Berlin 1947
- Reinhard Kühnl, „Die NPD“, Edition Suhrkamp
- Jugendmagazin „elan“, Juni 1967, Februar 1968
- Wolfgang Abendroth, „Das Grundgesetz“, Neske-Verlag, 1966
- Eberhard Czichon, „Wer verhalf Hitler zur Macht?“, Pahl-Rugenstein-Verlag, Köln 1967
- Marxistische Blätter, Nummer 3/1967
- Ercoli (Palmiro Togliatti) „Kampf gegen Krieg und Faschismus“, Prometheus-Verlag, Straßbourg 1967

W. I. Lenin - Biographie

Ganzleinen, 860 Seiten, 37 Bilder, 5 Faksimiles, 3 Farbbilder, DM 11,50

Neuerscheinung zum 100. Geburtstag Lenins

Die Biographie gewährt einen tiefen Einblick in das revolutionäre und geistige Wirken W. I. Lenins. Die Autoren schildern in lebendiger Sprache den Lebensweg dieses großen historischen Gestalt, ausgehend von seiner Kindheit, verweilend bei seiner Jugend, vor allem seiner revolutionären Tätigkeit, hin bis zum letzten Jahr seines schöpferischen Lebens. So erwächst vor dem Leser die Gestalt eines genialen Führers der werktätigen Massen, eines hervorragenden Theoretikers, eines unerschrockenen Revolutionärs, aber auch eines schlichten und feinfühlenden Menschen, von dem die Arbeiter sagten:
Lenin ist einfach die Wahrheit!

Auslieferung ab Ende Oktober 1969 über Buchhandel oder Verlag.
Bestellen Sie schon jetzt!



MARXISTISCHE BLÄTTER GMBH

6 Frankfurt am Main — Meisengasse 11

Peter Edel - DIE BILDER DES ZEUGEN SCHATTMANN

*Ein Roman
über deutsche
Vergangenheit und Gegenwart*

716 Seiten, Leinen DM 13,50

Der Maler Frank Schattmann ist vorgeladen im Globke-Prozeß. Seine Aussagen überdenkend, prüft er die vierzig Jahre seines Lebens, besinnt sich auf die Gefährten schwerer und glücklicher Stunden, lauscht vertrauten und fremden Stimmen und vergleicht, was hinter ihm liegt, mit seinem heutigen Leben in einer sozialistischen Gesellschaft. Von der flüchtigen Impression bis zum episch breiten Fries spiegeln diese Bilder, was der Zeuge Schattmann auszusagen hat.

Der Deutsche Fernsehfunk erwarb vom Verlag das Recht, den Roman von Peter Edel zu verfilmen. Das Manuskript schreibt NPT Rudolf Böhm in Zusammenarbeit mit dem Autor.

Verlag der Nation DDR - 104 Berlin
Friedrichstr. 113

Handbuch für Arbeiter und Angestellte – für betriebliche und gesellschaftliche Praxis

Über 80 Prozent der Bevölkerung der Bundesrepublik sind Arbeiter und Angestellte und ihre Angehörigen.

Über ihre Lage und Stellung, über ihre betriebliche und gesellschaftliche Praxis informiert das HANDBUCH.

In etwa 350 alphabetisch angeordneten Schlagworten werden Informationen, Standpunkte und Handlungsorientierungen vermittelt.

Die Informationsquelle für den Kollegen an Werkbank und Schreibtisch, für den gewerkschaftlich und politisch aktiven Arbeiter und Angestellten!

Das Nachschlagewerk für Referenten, Diskussionsredner und Journalisten!

Ihre Lage!

Ihre Rechte!

Ihre Forderungen und Ziele!

Ihre Kampfmöglichkeiten und -methoden!

im HANDBUCH FÜR ARBEITER UND ANGESTELLTE!

KURZ – GRÜNDLICH – ANSCHAULICH – KONKRET

informiert durch das HANDBUCH!

Erarbeitet unter Mitarbeit von über 60 Wissenschaftlern, Journalisten, Gewerkschaftsfunktionären und Betriebsräten aus der Bundesrepublik durch das INSTITUT FÜR MARXISTISCHE STUDIEN UND FORSCHUNGEN (Frankfurt/Main).

Herausgegeben von Heinz Jung und Heinz Schäfer.

Auflockerung durch Fotos, Graphiken, Statistiken. Handliches Format, Plastikeinband. Etwa 370 Seiten.

Auslieferung ab September 1969 über den Organisationsvertrieb, den Buchhandel oder den Verlag.

Bestellen Sie schon jetzt!



VERLAG MARXISTISCHE BLÄTTER GmbH

6 Frankfurt/Main, Meisengasse 11

Konvergenztheorie und Realität

Von Prof. Dr. Herbert Meißner

Etwa 150 S., etwa 9,— DM

Diese Schrift soll nicht nur Antwort auf die Frage geben, weshalb es keine Konvergenz zwischen Kapitalismus und Sozialismus geben kann. Sie soll zugleich zeigen, wie sich die Konvergenztheorie aus der Industriegesellschaftsdoktrin heraus entwickelt hat und welche Rolle beide in den geistigen Kämpfen unserer Zeit spielen.

Allgemeinverständlich und mit theoretischer Gründlichkeit werden die ökonomischen, soziologischen und politischen Begründungen der Konvergenztheorie analysiert und der Realität gegenübergestellt. Dabei stellt sich heraus, daß es einen engen Zusammenhang zwischen imperialistischer Globalstrategie, neuer Ostpolitik und Konvergenztheorie gibt. Dieser Zusammenhang wird an Hand interessanten Faktenmaterials bewiesen. Dadurch wird die Konvergenztheorie als wichtiges Instrument im ideologischen Klassenkampf der Gegenwart erkennbar.

Der Autor geht auch ausführlich auf die vieldiskutierte Frage ein, ob es nicht auch eine „progressive“ Konvergenztheorie gibt. Im Zusammenhang damit dringt er in die komplizierten Differenzierungs- und Zersetzungsprozesse ein, die das bürgerliche Denken angesichts des historischen Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus erfaßt haben. Auch die dabei auftretenden bürgerlichen Vorstellungen einer „Entideologisierung“ und „Versachlichung der Gesellschaftswissenschaften“ werden behandelt.



AKADEMIE-VERLAG · BERLIN

Deutsche Demokratische Republik

MARXISTISCHE BLÄTTER

Zweimonatszeitschrift für Probleme der Gesellschaft, Wirtschaft und Politik

Die Marxistischen Blätter behandeln seit 1963 in unverfälschter marxistischer Sicht wichtige Fragen aus dem gesellschaftlichen und politischen Leben. Die Zeitschrift bietet allen interessierten Menschen in der Bundesrepublik eine zuverlässige Unterrichtung über Lehre, Entwicklung und Anwendung des wissenschaftlichen Sozialismus.

Themen des Jahrganges 1969 sind:

- Heft 1 – Gewerkschaftspolitik und -organisation
- Heft 2 – Außen- und Militärpolitik des westdeutschen Imperialismus
- Heft 3 – Probleme der Arbeiterbewegung in Westeuropa
- Heft 4 – Jugend und Gesellschaft
- Heft 5 – Das Verhältnis Bundesrepublik zur DDR
- Heft 6 – Zur Strategie der Arbeiterbewegung in der Bundesrepublik

Beiträge für die Marxistischen Blätter schrieben bisher so namhafte Persönlichkeiten aus Wissenschaft und Politik wie A. Berg (Moskau), J. Duclos (Paris), S. Segre (Rom), J.D. Bernal (London), H. Aptheker (New York), F. Castro (Havanna), E. März (Wien), G. Klaus (Berlin), W. Abendroth, W. Hofmann (Marburg), M. Reimann (Essen), J. Schleifstein (Köln) u.a.

Preis im Abonnement je Heft 2,- DM zuzüglich Zustellgebühr und je Einzelheft 2,50 DM plus Porto.

Bestellungen über Buchhandel oder Verlag!



VERLAG
MARXISTISCHE BLÄTTER GmbH
6 Frankfurt/M, Meisengasse 11

MARXISTISCHE LEHRBRIEFE

Leitfaden und Grundlage zum Erwerb von Elementarkenntnissen der marxistischen Theorie. Gegliedert in sechs Serien. Geeignet für Zirkel, Studien- und Bildungsgemeinschaften, Jugendgruppen, für Schüler, junge Arbeiter und Angestellte.

AUS UNSEREM ANGEBOT

Serie A: Gesellschaft und Staat

Wie der Mensch zum Menschen wurde
Die marxistische Lehre von den Klassen und vom Klassenkampf
Was lehrt der Marxismus über den Staat?

Serie B: Arbeit und Wirtschaft

Wer beherrscht die Wirtschaft in der Bundesrepublik?
Automation – Freund oder Feind?
Warum gibt es noch im heutigen Kapitalismus Wirtschaftskrisen?

Serie C: Streifzüge durch die neuere Geschichte

Wie die Arbeiterbewegung entstand
Deutschland in der Revolution von 1848/49
Der Untergang der Weimarer Republik
Aus dem Leben und Wirken von Karl Marx
Das Leben Lenins

Serie D: Politische Probleme unserer Zeit

Der Weg von Potsdam nach Bonn. Wie Deutschland gespalten wurde
Chinas Weg von der Vergangenheit zur Gegenwart
Worin besteht die faschistische Gefahr in der Bundesrepublik?

Serie E: Das moderne Weltbild

Geschichte – Zufall oder Gesetz?
Freiheit in marxistischer Sicht
Einführung in die marxistische Dialektik

Serie F: Kultur in unserem Leben

Wer hat Kultur? Aber wer macht sie?

Broschüre, 20 bis 25 S., Einzelheft DM 0,80 zuzüglich Zustellgebühr. Bezug im Abonnement oder durch Einzelbestellung über Buchhandel oder Verlag. Bisher 33 Einzelhefte erschienen.



VERLAG
MARXISTISCHE BLÄTTER GMBH
6 Frankfurt am Main, Meisengasse 11

MARXISTISCHE TASCHENBÜCHER

Die Marxistischen Taschenbücher enthalten in der Reihe Sozialistische Klassiker Schriften bedeutender Persönlichkeiten aus der internationalen Arbeiterbewegung und analysieren, erläutern und dokumentieren in der Reihe Marxismus aktuell Ereignisse und Probleme aus dem Bereich der Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Geschichte und Philosophie.

Reihe: Sozialistische Klassiker

- Karl Marx: Lohnarbeit und Kapital/Lohn, Preis und Profit
Zur Kritik des Gothaer Programms
- F. Engels: Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft
Ursprung der Familie
- W. I. Lenin: Der linke Radikalismus, die Kinderkrankheit im Kommunismus
Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution
Staat und Revolution

Reihe: Marxismus aktuell

- Heinz Schäfer: Lohn, Preis und Profit heute
- W. Schellenberg: Wie lese ich „Das Kapital“? Einführung in das Hauptwerk von Karl Marx
Lenin über Trotzki
Mit einer Einleitung von J. Schleitstein und J. von Heiseler
- Juri Dawydow: Freiheit und Entfremdung
Die DDR – Entwicklung, Aufbau und Zukunft
Beiträge u.a. von Walter Ulbricht, Manfred Gurlach, Kurt Wünsche, Günter Mittag
- Faris/Schöttler: Chinas Weg – Marxismus oder Maoismus?
Dokumente und Materialien der vietnamesischen Revolution
Band 1: Südvietnam
Band 2: Nordvietnam
Hrsg. J. von Freyberg und K. Steinhaus
- Laurent Salin: Frankreichs Arbeiter – Mai 1968
- M. Conforth: Die offene Gesellschaft
Kritik an Poppers Sozial-Philosophie

Bestellungen über Buchhandel und Verlag



VERLAG
MARXISTISCHE BLÄTTER GmbH
6 Frankfurt/Main, Meisengasse 11